auch gegeben, wenn sich der Werkstätige der Möglichkeit zur Entgegennahme der schriftlichen Fassung der Disziplinarmaßnahme begibt. Der Werkstätige ist auch nicht gehindert, bereits vor dem Zugang der Disziplinarmaßnahme, also noch vor Beginn der Einspruchsfrist, von seinem Einspruchsrecht Gebrauch zu machen.

Von dieser Rechtsposition ausgehend wird deutlich, daß der Kläger im vorliegenden Fall rechtzeitig gegen die ihm am 21. März 1984 zugegangene fristlose Entlassung Einspruch eingelegt hat. Für die u. a. vom Bezirksgericht vertretene Auffassung, sein Einspruch sei verspätet eingelegt worden, war demnach kein Raum.

Auf den Kassationsantrag war daher das Urteil des Bezirksgerichts aufzuheben und die Sache zur Verhandlung über die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Kreisgerichts an das Bezirksgericht zurückzuverweisen.

In diesem Sinne hat sich auch der im Kassationsverfahren mitwirkende Vertreter des Zentralvorstands der Gewerkschaft Handel, Nahrung und Genuß ausgesprochen.

Anmerkung:

Der in der vorstehenden Entscheidung vertretene Rechtsstandpunkt, der auch von den Gewerkschaften unterstützt wird, ist vom Plenum des Obersten Gerichts in seiner Problemen der Arbeitsrechtsprechung gewidmeten Tagung am 11. Oktober 1984, bestätigt worden. Damit hat eine Frage, die über längere Zeit in Rechtsprechung und Fachliteratur unterschiedlich beantwortet worden ist, ihre endgültige Klärung gefunden.*

Bereits in NJ 1978, Heft 7, S. 307, wurde in „Fragen und Antworten“ die Auffassung dargelegt, daß die Einspruchsfrist gegen eine Disziplinarmaßnahme erst dann beginnt, wenn dem Werkstätigen die Disziplinarentscheidung schriftlich zugegangen ist. Zu beachten ist dazu allerdings der Hinweis des Obersten Gerichts, daß der Werkstätige von seinem Einspruchsrecht auch schon gegen die mündlich ausgesprochene Disziplinarmaßnahme (also noch vor deren Zugang) Gebrauch machen kann und daß das Fehlen der Schriftform zu diesem Zeitpunkt nicht als Fehlen einer Wirksamkeitsvoraussetzung für die Disziplinarmaßnahme zu betrachten ist.

Die vom Obersten Gericht vorgenommene Auslegung des § 257 Abs. 2 und 3 AGB dient der Erhöhung der Rechtssicherheit für die Werkstätigen, der Sicherung der gewerkschaftlichen Rechte sowie der konsequenten Durchsetzung der Schriftform beim Ausspruch von Disziplinarmaßnahmen. Sie orientiert darauf, daß jeder Betrieb seine Rechtspflicht, dem Werkstätigen die Disziplinarentscheidung schriftlich zugehen zu lassen, unverzüglich zu erfüllen hat.

D. Red.

* Die vom Obersten Gericht abgelehnte Ansicht, die Einspruchsfrist gegen eine Disziplinarmaßnahme beginne mit dem mündlichen Ausspruch dieser Maßnahme, findet sich u. a. in: Die Konfliktkommission, Ein Leitfadens, Berlin 1984, S. 104 f.; A. Baumgart/Ch. Kaiser, Arbeitsrechtliche Verantwortlichkeit der Werkstätigen, Schriftenreihe zum AGB, Heft 11, Berlin 1980, S. 63; J. Michas/P. Sander in: Arbeit und Arbeitsrecht 1983, Heft 6, S. 265 ff.; H. Neumann in: „Die Konfliktkommission“ - Beilage Nr. 38 zur Tribüne vom 28. September 1977. Demgegenüber wird die Auffassung, daß erst die Aushändigung der schriftlich abgefaßten Disziplinarmaßnahme die Einspruchsfrist in Gang setzt, u. a. vertreten in: Die Konfliktkommission (Arbeitsmaterialien für die Tätigkeit der gesellschaftlichen Gerichte in Betrieben), 2. Aufl., Berlin 1980, S. 90 f.; G. Klrmse/G. Kürschner, Verantwortlichkeit und Schadenersatz im Arbeitsrecht, Schriftenreihe „Recht in unserer Zeit“, Heft 18, 2. Aufl., Berlin 1982, S. 36.

§§10 Abs. 1, 14 AGB; RKV für die zentral geleiteten volkseigenen Kombinate des Industrie- und Spezialbaus des Ministeriums für Bauwesen, Reg.-Nr. 127/68.

Ein Werkstätiger, der über einen längeren Zeitraum der Arbeit unentschuldigt fernbleibt, hat die Kosten für die Übernachtung im Arbeiterwohnheim selbst zu tragen, wenn der zutreffende Rahmenkollektivvertrag eine entsprechende Festlegung enthält.

KrG Rostock-Stadt, Urteil vom 29. Juni 1983 — A 73/83.

Zwischen den Prozessparteien besteht ein Arbeitsrechtsverhältnis. Im Rahmen der Erfüllung der im Arbeitsvertrag vereinbarten Arbeitsaufgaben wurde dem Verklagten Wohn-

unterkunft im Arbeiterwohnheim des Klägers in R. gewährt. Da der Verklagte 1981 und 1982 insgesamt 181 Tage der Arbeit unentschuldigt fernblieb, machte der Kläger beim Kreisgericht auf der Grundlage eines Übernachtungspreises pro Bett im Arbeiterwohnheim von 5,30 M gegen den Verklagten Forderungen in Höhe von 959,30 M geltend.

Die Klage hatte Erfolg.

Aus der Begründung:

Werden zwischen Werkstätigen und Betrieben Arbeitsrechtsverhältnisse begründet, dann leiten sich daraus für die Vertragspartner Rechte und Pflichten ab. Die Hauptpflicht des Werkstätigen ist es, die im Arbeitsvertrag vereinbarte Arbeitsaufgabe ordnungsgemäß zu erfüllen. Daraus ergibt sich für ihn die Verpflichtung, kontinuierlich unter Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit und des Arbeitszeitplans des Betriebes am Arbeitsprozess teilzunehmen.

Zur Erfüllung der vereinbarten Arbeitsaufgabe wurde dem Verklagten entsprechend den rahmenkollektivvertraglichen Regelungen Wohnunterkunft in einem Arbeiterwohnheim gewährt. Diese Bereitstellung von Wohnraum erfolgt unter bestimmten Voraussetzungen unentgeltlich und ist zwingend an die tatsächliche Arbeitsleistung des Werkstätigen gebunden. Kommt ein Werkstätiger seiner Pflicht zur kontinuierlichen Arbeitsleistung entsprechend der gesetzlichen Arbeitszeit und des Arbeitszeitplans des Betriebes nicht nach, entfällt sein Anspruch auf kostenlose Bereitstellung einer Unterkunft. Der Werkstätige hat in diesem Fall den gesetzlich festgelegten Preis, der für eine Übernachtung zu entrichten ist, an den Betrieb zu zahlen.

Diese Pflicht leitet sich aus Ziff. 4 Punkt 2.2. des RKV für die zentral geleiteten volkseigenen Kombinate des Industrie- und Spezialbaus des Ministeriums für Bauwesen, Reg.-Nr. 127/68, für das Jahr 1981 ab. Darin ist festgelegt, daß der Werkstätige, der unentschuldigt Fehltag verursacht, die Kosten der Unterkunft für diese Zeit selbst trägt. Auch aus der für 1982 gültigen Rahmenkollektivvertragsregelung ergibt sich diese Verpflichtung. Gemäß Anlage 9 Ziff. 2.1. des RKV Industriebau, Reg.-Nr. 1/82, hat der Betrieb eine den Rechtsvorschriften entsprechende Unterkunft am Arbeitsort unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Im Falle der Nichtarbeit entfällt der Anspruch auf unentgeltliche Unterkunft. Da der Verklagte in den Jahren 1981 und 1982 an insgesamt 181 Tagen unentschuldigt der Arbeit fernblieb, ist er verpflichtet, für den Zeitraum des unentschuldigten Fernbleibens den entsprechenden Übernachtungspreis an den Kläger zu zahlen.

Gemäß der Preisbewilligung des Rates des Bezirks, Abt. Preise, beträgt das Nutzungsentgelt für einen Bettenplatz im Arbeiterwohnheim R. 5,30 M. Unter Beachtung der verursachten 181 Fehltag besteht somit für den Kläger eine berechnete Forderung auf Zahlung des Nutzungsentgelts in Höhe von insgesamt 959,30 M, zu der der Verklagte zu verurteilen war.

Strafrecht

§ 367 Abs. 2 StPO.

Zur angemessenen Verteilung der Auslagen im Rechtsmittelverfahren bei teilweisem Erfolg des Rechtsmittels (Berufung).

OG, Urteil vom 19. Juni 1984 - 3 OSK 5/84.

Das Kreisgericht verurteilte die Angeklagte unter den strafverschärfenden Bedingungen des Rückfalls (§ 44 Abs. 1 StGB) zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und vier Monaten. Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung richtete sich gegen den Schuld- und Strafausspruch. Damit wurde die Anwendung außergewöhnlicher Strafmilderung gemäß § 62 Abs. 3 StGB und die Herabsetzung der Freiheitsstrafe auf acht Monate erstrebt.

Im Ergebnis der mündlichen Verhandlung hat das Bezirksgericht das Urteil des Kreisgerichts im Strafausspruch abgeändert und die Angeklagte unter Anwendung des strafverschärfenden Rückfalls (§ 44 Abs. 1 StGB) zu einer Frei-